

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 38 (1958-1959)
Heft: 10

Artikel: Inflation und Gruppeninteresse
Autor: Werner, Josua
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-160860>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

INFLATION UND GRUPPENINTERESSE

VON JOSUA WERNER

Betrachtet man die wirtschaftliche Entwicklung über längere Zeitabschnitte hin — etwa seit Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum heutigen Zeitpunkt —, so taucht leicht die Frage auf, ob im Rahmen der Wirtschaft Kräfte lebendig sind, welche auf eine dauernde, gewissermaßen schleichende Inflation hinwirken. Werfen wir lediglich einen Blick auf die Bewegung des Index der Konsumentenpreise (Kosten der Lebenshaltung), so stellen wir fest, daß dieser Index im Jahre 1945 auf 152,3 (1939 = 100) stand, im Jahre 1957 jedoch eine Höhe von 179,5 erreichte und somit einen Anstieg um 17,2 Punkte oder um mehr als 11% zu verzeichnen hat. Innerhalb dieser Entwicklungsreihe tritt natürlich der Korea-Boom in den Jahren 1950/1951 in besonderem Maße in Erscheinung. Aber selbst wenn wir diesen speziellen Teuerungsschub in seiner Wirkung nicht näher in Betracht ziehen, so bleibt immer noch ein spürbarer Anstieg des schweizerischen Preisniveaus zu beobachten. Was hier nun für die schweizerischen Verhältnisse angedeutet wird, das gilt im wesentlichen für die meisten Volkswirtschaften Westeuropas und der Neuen Welt. Verfolgt man das wirtschaftliche Geschehen über längere Perioden hin, so ist überall ein mehr oder weniger ausgeprägter Anstieg der Preise festzustellen.

Ein stetiger Anstieg der Preise bedeutet jedoch nichts anderes als eine stetige Entwertung des Geldes. Das gleiche Frankenstück vermag gegenüber früher nur noch eine stets kleiner werdende Gütermenge zu kaufen. Natürlich ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die gleichen oder ähnlichen Kräfte, welche ein ständiges Ansteigen der Güterpreise bewirken, auch für eine dauernde Zunahme der Gesamtmenge an Geld sorgen. Aber selbst wenn ein derartiger Automatismus existieren sollte — eine Frage, welche in diesem Zusammenhang nicht näher untersucht sei —, so ist damit noch keine Garantie gegeben, daß alle Wirtschaftssubjekte an der Zunahme der gesamten Geldmenge in gleicher Weise teilhaben. Gerade weil eine solche gleichmäßige Teilhabe in Wirklichkeit nicht eintritt, wird die schleichende Inflation zu einem Problem, das den Praktiker wie den Theoretiker in wachsendem Maße beschäftigt. Zwar muß man sich davor hüten, die Folgen eines derartigen langfristigen Preisanstieges in einseitiger Weise zu dramatisieren; nicht selten entpuppen sich nämlich die schärfsten Kritiker dieser Entwicklung als Anhänger reichlich orthodoxer Auffassungen über die Aufgaben der staatlichen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik. Tatsächlich birgt die schleichende Inflation aber eine Reihe schwerwiegender Gefahren in sich. Ein stetiger

Schwund der Kaufkraft des Geldes kann — und Beobachtungen in einzelnen Ländern bestätigen diese Aussage — die individuelle Spartätigkeit zum Versiegen bringen. Gehen aber die Ersparnisse in größerem Ausmaße zurück, so vermag dieser Umstand nicht bloß eine ungesunde Zinshausse auszulösen und die Unternehmer zu falschen Dispositionen zu verleiten, sondern das langfristige Wachstum einer Volkswirtschaft schlechthin wird letztlich in Frage gestellt. Weil die schleichende Inflation vor allem jene Glieder der Volkswirtschaft trifft, die nicht mehr aktiv am Produktionsprozeß beteiligt sind und daher die Preissteigerungen nicht durch entsprechende Einkommensvermehrungen wettmachen können, bedeutet sie gleichzeitig eine soziale Ungerechtigkeit.

Die Bedingungen auf dem monetären Sektor

Während nun der Praktiker sich vor allem für die Frage interessiert, wie dieser langfristige inflatorische Prozeß gestoppt oder mindestens in engen Grenzen gehalten werden kann, ist der Theoretiker geneigt, zunächst den Ursachen der schleichenenden Inflation eingehender nachzuspüren. So beschäftigt sich denn die Nationalökonomie mit der Untersuchung des Problems, welche wirtschaftlichen und anderweitig bestimmten Kräfte auf einen dauernden Anstieg der Preise hinwirken. Schon früh hat man erkannt, daß eine inflationistische Entwicklung sich nicht auf eine einzige Ursache zurückführen läßt, sondern daß verschiedene Kräfte am Werke sind, deren Zusammenspiel aber je nach der wirtschaftlich-politischen Konstellation unterschiedlicher Natur ist. Weil beispielsweise zwischen Preissteigerungen und Geldmenge gewisse Abhängigkeiten festgestellt wurden, hat man das Verhalten der gesamten Geldmenge einer Volkswirtschaft genauer untersucht und ist dabei zum Ergebnis gelangt, daß inflatorische Prozesse in der Regel von einer erheblichen Ausweitung der Geldmenge begleitet sind. Daß eine solche Beziehung vorliegen muß, ergibt sich auch aus einer einfachen Überlegung: Wenn das gesamte Preisniveau in einer Volkswirtschaft angestiegen ist, so lassen sich die gleichen mengenmäßigen Umsätze nur noch bewältigen, wenn zu diesem Zwecke eine größere Geldmenge zur Verfügung steht; es sei denn, das höhere Preisniveau werde ausschließlich von der gleichen, jetzt aber bedeutend rascher zirkulierenden Geldmenge bewältigt.

Darf aus unseren Überlegungen jedoch der Schluß gezogen werden, der die Inflation kennzeichnende stetige Preisanstieg sei lediglich die Folge einer Vermehrung der Geldmenge? Und wenn dies der Fall sein sollte, so wäre mindestens noch zu untersuchen, auf welche Art und Weise die Ausdehnung der gesamten Geldmenge überhaupt zustande kommt. Ohne eine ganz exakte Analyse der Zusammenhänge zu entwickeln, wird es an dieser Stelle unserer Betrachtungen notwendig, einen

weitern gewichtigen Tatbestand bei der Erklärung des Inflationsphänomens mitzuberücksichtigen. Perioden steigender Preise fallen nämlich fast durchwegs mit Perioden der Hochkonjunktur zusammen. Somit muß zwischen Preisanstieg, Geldentwertung und Hochkonjunktur eine weitere Beziehung vorhanden sein. Ist etwa die langfristige Geldentwertung — so fragen wir in teilweiser Vorwegnahme späterer Überlegungen — gewissermaßen der Preis, den eine Volkswirtschaft für das Bestehen einer länger dauernden Hochkonjunktur entrichten muß?

Die Hochkonjunktur zeichnet sich ihrerseits aus durch eine hohe Investitionstätigkeit der Unternehmer und durch die Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte. Investitionsgüter und Arbeitskräfte werden daher in starkem Maße nachgefragt, so daß sie im Preise zu steigen beginnen. Ferner erfahren im Gefolge der wachsenden Lohneinkommen und Unternehmergevinne auch die Konsumgüterpreise eine Erhöhung, und setzt sich auf diese Weise ein allgemeiner Preisanstieg durch, so erfährt dieser Prozeß in der Regel noch eine Verstärkung durch spekulative Momente. Da aber Preise und Umsätze auf den verschiedenen Märkten gleichzeitig ansteigen, bedarf die Wirtschaft vermehrter Geldmittel. Zum großen Teil werden ihr diese zusätzlichen Mittel durch das Bankensystem auf dem Wege der Geld- und Kreditschöpfung zur Verfügung gestellt. Dabei sind für die schweizerischen Verhältnisse die aus dem Außenhandel fließenden, in Zeiten der Hochkonjunktur besonders hohen Devisen- und Goldzugänge in beträchtlicher Weise dafür verantwortlich, daß das Kreditgefüge der Banken eine sehr erhebliche Ausdehnung erfährt. Daneben vermag allenfalls auch die Auflösung bestehender Horte einen zusätzlichen Einfluß auszuüben.

Wir erkennen somit, daß die Verhältnisse auf dem monetären Sektor am langfristigen Kaufkraftschwund nicht unschuldig sind. Nun ist aber die in den meisten Ländern festzustellende Ausweitung des Geld- und Kreditvolumens wiederum in ein Netz von weiteren Kräften eingespannt, so daß die Ursache der schleichenenden Inflation nicht einseitig der Geldpolitik zur Last gelegt werden darf. Tatsächlich befindet sich das Bankensystem während der Hochkonjunktur unter einem starken Druck: Die Kreditgesuche häufen sich, den Banken winkt selbst reicher Gewinn durch die Gewährung neuer Kredite, und der Konkurrenzdruck sorgt dafür, daß sich die Banken diese Gewinnchancen nicht entgehen lassen. Zudem erscheint die Honorierung zahlreicher Kreditbegehren als ökonomisch sinnvoll, da dahinter weitgespannte Investitionsprogramme und Investitionsaufgaben stehen. Ferner weist ein erheblicher Teil dieser Investitionen einen langfristigen Charakter auf, weil sie mit einer stark wachsenden Bevölkerung, höchst bedeutsamen technischen Fortschritten und mit einer Zunahme des Bedarfs an dauerhaften Konsumgütern verknüpft sind. All diese Faktoren wirken darauf hin, daß das Kreditsystem gar nicht mehr imstande ist, mit den realwirt-

schaftlichen Möglichkeiten Schritt zu halten, sondern der tatsächlichen Entwicklung vorauszueilen beginnt. Sogar die Notenbanken empfinden in dieser Situation Hemmungen, zur Bremsung des in Gange gekommenen Prozesses rigorose Maßnahmen einzuleiten, nicht zuletzt aus Furcht davor, mit ihrer Restriktionspolitik eine Arbeitslosigkeit auszulösen.

Damit stoßen wir auf einen weitern Punkt. Die schleichende Inflation ist zu einem nicht zu unterschätzenden Teil das Ergebnis eines gesellschaftlich-politischen Kräftespiels. Diesem besondern Aspekt des Inflationsproblems soll in der Folge unsere Aufmerksamkeit gelten.

Inflation — eine Folge des gesellschaftlich-politischen Kräftespiels

Es läßt sich nicht bestreiten, daß die zunehmende Organisierung der Gruppeninteressen für die Verursachung der schleichenenden Inflation mitverantwortlich ist. Wohl zielen diese Organisationen, die in der Regel die Gestalt eines Wirtschaftsverbandes besitzen, nicht in bewußter Absicht auf einen Kaufkraftschwund des Geldes hin. Da die Wirtschaftsverbände jedoch Zusammenschlüsse zur Wahrung von Gruppeninteressen darstellen, zwingt ihnen ihre soziologische Struktur eine Handlungsweise auf, welche indirekt zur Verschärfung eines inflatorischen Prozesses beiträgt. Weil nämlich die wirtschaftlichen Interessenorganisationen in einem dauernden Kampf um die Verteilung des Volkseinkommens stehen, sehen sie sich bei einer durch das konjunkturelle Geschehen bewirkten Änderung in der Einkommensverteilung zu entsprechenden Gegenmaßnahmen gezwungen. Wenn etwa durch Preissteigerungen die Unternehmereinkommen eine Erhöhung und die Lohneinkommen als Folge eine Verminderung erfahren, so werden die Gewerkschaften entsprechende Lohnforderungen erheben, die sie um so leichter durchsetzen können, je weiter die Hochkonjunktur vorangeschritten ist. Die Unternehmer ihrerseits werden versuchen, die erhöhten Produktionskosten wiederum auf die Preise zu überwälzen, so daß selbst ursprünglich berechtigte Einkommensansprüche einzelner Wirtschaftsgruppen im überhitzten Klima der Hochkonjunktur bei andern Wirtschaftsgruppen stets neue Gegenforderungen auslösen. Mit wachsender Machtentfaltung der Wirtschaftsverbände scheint etwas wie eine «säkulare Preis-Lohn-Spirale» in Gang gekommen zu sein. Der französische Nationalökonom Professor Jean Marchal hat deshalb aus der Einsicht in diese, für die wirtschaftlich-politischen Verhältnisse in Frankreich wohl besonders typischen Zusammenhänge den Satz geprägt, daß der Kapitalismus auf lange Sicht nur noch à la hausse zu funktionieren scheine.

Nun darf die gewerkschaftliche Lohnpolitik allerdings nicht einseitig zum Sündenbock gestempelt werden. Zwar können von den gewerkschaftlichen Lohnforderungen inflationistische Wirkungen ausgehen. Da

die Organisationen der Arbeitnehmer zur Begründung ihrer Einkommensansprüche gleichzeitig mit dem Produktivitätsargument operieren, die Produktivität anderseits nicht in allen Industriezweigen gleich hoch ist, so müssen in der Folge auch in den industriellen und gewerblichen Branchen mit geringerem Produktivitätsstandard die Löhne an die produktivitätsmäßig günstig gestellten Industrien angeglichen werden. Weil aber alle Zweige mindestens die Beibehaltung ihrer bisherigen Einkommenslage anstreben, werden die weniger günstig gestellten Industrien versuchen, die Lohnerhöhungen auf die Preise zu überwälzen. Außerdem steht aber dem relativ starren Lohngefüge ein durch Kartellvereinbarungen gestütztes, ebenfalls relativ starres Preisgefüge gegenüber. Der Zusammenschluß industrieller und gewerblicher Unternehmungen zu Kartellen und ähnlichen Organisationen ist ebenso sehr ein Grund dafür, daß Preissenkungen nur selten, Preiserhöhungen dagegen verhältnismäßig leicht Platz greifen.

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß auch vom Agrarsektor her sich inflationistische Tendenzen geltend machen. Gemäß unserer Landwirtschaftsgesetzgebung sollen die in der Landwirtschaft tätigen familieneigenen Arbeitskräfte ein Arbeitseinkommen erzielen können, das den Löhnen der Berufstätigen in den übrigen Wirtschaftszweigen entspricht. Es ist also der von den bäuerlichen Interessenorganisationen erhobene Paritätsanspruch, der in dieser Bestimmung seine Verwirklichung gefunden hat. Aus dieser Regelung folgt nun weiter, daß die Entlohnung der familieneigenen Arbeitskräfte sich praktisch nach den Produktivitätsverhältnissen von Industrie und Gewerbe richtet, weil die hier erzielten Löhne einigermaßen den Produktivitätsstand dieser Wirtschaftszweige widerspiegeln. Da anderseits die Landwirtschaft mit der Produktivität der zum Vergleich herangezogenen Wirtschaftszweige aus einer Reihe von Gründen nicht voll Schritt zu halten vermag, müssen die Preise für die einheimischen Agrarerzeugnisse in bestimmten Abständen immer wieder höher angesetzt werden, damit auf diese Weise die Einkommensdisparität ausgeglichen werden kann. Steigende Lebensmittelpreise führen aber zu einem Anstieg des Index der Konsumentenpreise, was dann Anlaß zu neuen Lohnforderungen der Arbeitnehmer gibt. Erfährt das Lohnniveau in der Folge eine weitere Erhöhung, so wird dadurch die Parität des Arbeitsverdienstes zwischen Landwirtschaft und vergleichbaren Berufsgruppen gestört, so daß das Spiel von neuem beginnt. Somit stoßen wir hier auf einen eigentlichen Inflationsmechanismus, der in der Gesetzgebung geradezu verankert wurde.

Die angeführten Beispiele aus verschiedenen Sektoren der Wirtschaft lassen erkennen, daß die Organisierung der Gruppeninteressen zum langfristigen Anstieg der Preise in erheblichem Maße beiträgt. Dieser organisatorisch-strukturell bedingte Preisdruck nach oben tritt natürlich in Zeiten der Hochkonjunktur besonders deutlich in Erscheinung. Es

mehren sich aber die Anzeichen, wonach auch unter weniger günstigen Konjunkturbedingungen verschiedene Kategorien von Preisen und Löhnen weiterhin nach oben tendieren oder zumindest sich auf der gleichen Höhe zu halten vermögen. Je länger je weniger erfährt daher ein durch die Hochkonjunktur ausgelöster Preis-Lohnanstieg eine entsprechende Korrektur in Zeiten eines konjunkturellen Rückgangs, da eine solche Korrektur aus politischen Gründen kaum mehr durchführbar erscheint. Somit tragen die Verbände aus allen Lagern der Wirtschaft durch ihre Handlungsweise dazu bei, daß die Marktwirtschaft ihre automatische Anpassungsfähigkeit mehr und mehr zu verlieren beginnt. Dieser Umstand bleibt jedoch für die Verteilung des Volkseinkommens nicht ohne Folgen.

Vergegenwärtigen wir uns in diesem Zusammenhang, daß der Produktivitätsfortschritt in einer Volkswirtschaft grundsätzlich auf zwei Arten verteilt werden kann: Entweder werden die Einkommen auf der gleichen Höhe belassen und die Preise erfahren eine Senkung, oder es wird ein gesamthaft höheres Volkseinkommen ausgeschüttet, wobei wir annehmen, daß die Preise zunächst auf ihrer ursprünglichen Höhe verbleiben. Bei der ersten Art der Verteilung kommt der Produktivitätsfortschritt eindeutig allen Wirtschaftssubjekten in gleicher Weise zugute; an sich wäre aber auch bei der zweiten Verteilungsart ein gleichbleibender Verteilungsschlüssel möglich. Da sich die Interessenorganisationen jedoch weitgehend auf jene Kreise von Einkommensbezügern erstrecken, welche aktiv am Produktionsprozeß teilhaben, vermögen sie das Verteilungsgeschehen zu Lasten der nicht oder nur lose organisierten Sparer- und Rentnergruppen zu verändern. Weil die Wirtschaftsverbände eben unter dem soziologisch bedingten Zwang stehen, ihren Mitgliedern gegenüber Erfolge aufzuweisen, ist es praktisch unvermeidbar, daß ihre Bestrebungen — vor allem unter konjunkturell günstigen Bedingungen — immer wieder auf die Erhöhung ihrer Gruppeneinkommen ausgerichtet sind.

Selbst bei weitgehend gleichbleibender Einkommensverteilung führt die zwischen den Wirtschaftsgruppen stattfindende dauernde Überwälzung von Preisen und Löhnen zu einer inflatorischen Entwicklung. Denn es ist nicht anzunehmen, daß gut organisierte Interessenverbände zum Zwecke der Wahrung eines stabilen Preisniveaus sich dauernd mit dem gleichen Einkommen begnügen, während andere Wirtschaftsgruppen, zufolge der konjunkturellen Entwicklung, imstande sind, ihre wirtschaftliche Position zu verbessern. So kommt es, daß jede Wirtschaftsgruppe in der ihrer organisatorischen Struktur entsprechenden Weise dazu beiträgt, daß das Preis- und Lohnniveau einer Volkswirtschaft einem andauernden Druck nach oben ausgesetzt ist. Kurzfristig mögen den Interessenverbänden aus einer solchen Politik Vorteile erwachsen; auf längere Frist gesehen erweisen sich jedoch diese Vorteile

als sehr fragwürdig, weil der Prozeß der schlechenden Inflation eben die eingangs erwähnten volkswirtschaftlichen Gefahren mit sich bringt.

Ohne hier in ausführlicher Weise auf die Möglichkeiten und Grenzen einer Stabilisierung des Preisniveaus einzugehen, seien aus unsrern Ausführungen wenigstens andeutungsweise einzelne Konsequenzen gezogen. Will man ein einigermaßen inflationsfreies Wachstum der Wirtschaft erreichen, so werden die Maßnahmen zur Vermeidung einer übermäßigen Ausweitung des Geld- und Kreditvolumens nur dann von Erfolg begleitet sein, wenn alle Wirtschaftsgruppen gleichzeitig zu einer Mäßigung ihrer Einkommensansprüche bereit sind. In diesem Sinne dürfen auch einzelne Vorkehren strukturpolitischer Natur als Beiträge zur Bekämpfung einer schlechenden, vornehmlich von der Kostenseite herrührenden Inflation gewertet werden. Gelingt es, mit Hilfe einer Kartellgesetzgebung das Spiel der Wettbewerbskräfte wiederum vermehrt freizulegen, so gewinnt die gesamte Preisbildung an Anpassungsfähigkeit. Ist man in der Agrarpolitik bereit, die bisherigen Methoden einer globalen und daher einseitig die Großbetriebe begünstigenden Preisfestsetzung zu verlassen und an ihrer Stelle eine Politik der grundsätzlichen Verbesserung der kleinbetrieblichen Produktionsstruktur einzuschlagen, so läßt sich auf diese Weise gleichzeitig der bis anhin mit der landwirtschaftlichen Preispolitik verknüpfte institutionelle Inflationsmechanismus weitgehend ausschalten. Und sind schließlich die Organisationen der Arbeitnehmer gewillt, ihre Lohnforderungen im Rahmen des durchschnittlichen Produktivitätsfortschrittes zu halten und können hiezu geeignete Vorkehren gefunden werden, so erscheint mit Hilfe solch struktureller Maßnahmen ein konstantes Wachstum unserer Volkswirtschaft möglich, ohne daß die Früchte dieses Wachstumsprozesses, zufolge der dauernden Geldentwertung, sich letztlich als Illusion erweisen müssen.